

DÜSSELDORFER BÜNDNIS

gerecht.**sozial**.ökologisch.



Für eine
lebenswerte
Stadt.

2023

Inhalt

Vorwort	01
Gründungserklärung	02-04
 8 Themen: Unsere Ziele im Einzelnen	 05-22
Krankenhäuser und Pflege	06
Wohnen	08
Armut	11
Klima	14
Bildung (Schulen)	16
Kindertagesstätten	18
Finanzbedarfe	20
Steuergerechtigkeit	22
 Uns gibt es auch in den Sozialen Medien	 24
 Rückblick: Unsere Aktionen und Veranstaltungen 2022	 25-28
Kundgebung am Landtag	26
Für eine lebenswerte Stadt – sozial und ökologisch!	27
Aktion "Einbringung des Haushalts"	28
 Mitgliedsorganisationen	 30-32
Adressen und Ansprechpersonen	30-32
 Impressum	 33

Vorwort

Im Dezember 2021 hat sich das „Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch!“ gegründet. Mit dieser Broschüre möchten wir uns und unsere Aktivitäten im ersten Jahr unseres Bestehens vorstellen.

Mitglieder im Bündnis sind 19 Organisationen, die in Düsseldorf aktiv sind und ein sehr breites Spektrum abbilden. Weitere Organisationen arbeiten im Gaststatus mit, mit anderen besteht eine enge Verbindung. Weitere Bündnismitglieder sind willkommen.



Das „Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch!“ engagiert sich mit vorwiegend lokalpolitischem Fokus für eine Politik, die sich konsequent einsetzt für eine ökologische und sozial gerechte Gesellschaft für alle. Beispielsweise fordern wir eine gerechte Besteuerung und den Abbau klimaschädlicher Subventionen, auch damit den Kommunen ausreichende Haushaltsmittel für notwendige Ausgaben und Investitionen zur Verfügung stehen. Das Bündnis versteht sich strikt überparteilich. Inhaltliche Basis unserer Arbeit ist die Gründungserklärung vom 15. Dezember 2021.

Auf dem Bild zu sehen:
Uwe Foullong, Sigrid Wolf,
Wolfgang Sieffert OP (v. links)

Alle drei Monate trifft sich ein Plenum, zu dem alle Mitgliedsorganisationen und interessierte Gäste eingeladen werden. Im Plenum werden alle wichtigen Entscheidungen gefällt. Koordiniert wird die Bündnisarbeit durch drei Personen, die als Sprecherkreis gewählt wurden.

Unser Bündnis will im Blick auf die Stadtpolitik inhaltlich Einfluss nehmen und sucht dafür auf verschiedenen Ebenen Kontakt und Gespräch mit Stadtrat, Parteien, Verwaltung, Öffentlichkeit und Verbänden. Außerdem wollen wir jährlich mit zwei öffentlichen Veranstaltungen Themen aufgreifen und inhaltliche Akzente setzen.

In dieser Broschüre dokumentieren wir neben der Gründungserklärung die inhaltliche Arbeit zu acht Themen und die beiden Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Bei unserer Veranstaltung zur Landtagswahl am 6. April 2022 gab es vor der Befragung von Düsseldorfer Kandidatinnen und Kandidaten inhaltliche Impulse aus dem Bündnis. Die Themenpapiere zur Veranstaltung am 1. Dezember 2022 mit Vertreterinnen und Vertretern der demokratischen Fraktionen im Düsseldorfer Rat bezeugen die inhaltliche Tiefe, mit der Gruppen und Einzelpersonen im Bündnis arbeiten.

Sprecherkreis für das
„Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch!“
Uwe Foullong (ver.di) | Wolfgang Sieffert OP (Altstadt-Armenküche) | Sigrid Wolf (DGB)

Gründungserklärung

Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch!

Die Corona-Pandemie erschüttert unsere Gesellschaft. Sie bedroht unsere Gesundheit, wirkt ambivalent auf die Wirtschaft und verschärft die soziale Ungleichheit. Die Bundesregierung verhinderte mit Überbrückungshilfen und einem Konjunkturpaket einen wirtschaftlichen Kollaps. Tarifverträge und Mitbestimmung haben Einkommen stabilisiert und Arbeitsplätze gesichert. Der Sozialstaat konnte in der Krise einige Sicherheit geben. Millionenfache Kurzarbeit vereitelte Massenentlassungen.

Die Pandemie zeigt aber auch deutlich die Defizite des Sozialstaates. Viele Menschen, wie z. B. Geringverdiener*innen, Erwerbslose, Pflegebedürftige, Alleinerziehende u. a. traf die Krise mit voller Wucht. Hier treten die Folgen einer Politik der Privatisierung, der Deregulierung, der Spar- und Kürzungspolitik sowie der Steuerpolitik zugunsten der Unternehmen und Vermögenden der vergangenen 30 Jahre schonungslos zu Tage: Pflege-notstand, auf Gewinn getrimmte Krankenhäuser, Ausweitung des Niedriglohnssektors, Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit, zunehmend unbezahlbare Wohnungen, mangelnde personelle Ausstattung von Kommunen, Kitas und Schulen, Investitionsstaus in der kommunalen und sozialen Infrastruktur, Schwächung der Sozialsysteme sowie Umverteilung von unten nach oben.

Gleichzeitig sind wir, als Folge einer natur- und umweltzerstörenden Wirtschafts- und Lebensweise, auf dem Weg in eine Klimakatastrophe und Umweltzerstörung existenziellen Ausmaßes. Daraus resultiert die Notwendigkeit einer nachhaltigen ökologischen, sozialen und fairen Wende. Die politischen Beschlüsse und Maßnahmen der nächsten 10 Jahre werden darüber entscheiden, ob wir eine Klimakatastrophe und nicht mehr rückholbare Umweltzerstörungen verhindern können. Das gilt global für die gesamte Welt, international für Staatenbünde wie die EU, national für die Staaten und auch lokal für Gemeinden und Städte.

Wir fordern eine konsequente Politik für eine ökologische und sozial gerechte Gesellschaft für alle!

Ein Umdenken und sofortiges Handeln in Politik und Wirtschaft ist ganz offensichtlich unerlässlich im Hinblick auf eine ökologische und gleichzeitig sozial gerechte Gesellschaft für alle Bürgerinnen und Bürger, in unserem Land und weltweit. Es gilt den Sozialstaat zu erhalten, auszubauen, krisenfest zu gestalten und in unserem Land erlebbar zu machen.

Aus diesem Grund fordern wir massive Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft, um den Sozialstaat nicht weiterhin zu schwächen, sondern zu stärken. Um der entwürdigenden Praxis vieler Maßnahmen bei der Grundsicherung zu entgehen, müssen die Regelsätze der Grundsicherung und verwandter Leis-

tungen auf ein bedarfsdeckendes Niveau angehoben und ein Kindergrundeinkommen eingeführt werden, weil es nicht hinnehmbar ist, dass fast drei Millionen Kinder in unserem Land in Armut leben oder von Armut bedroht sind.

Zur Absicherung der Sozialsysteme sollte die Bürgerkrankenversicherung und Rentenversicherungspflicht für alle eingeführt werden. Die Beitragsbemessungsgrenzen müssen erhöht werden und Kapitaleinkünfte sowie die Produktivität („Maschinensteuer“) zur Finanzierung herangezogen werden.

Gesellschaftliche Solidarität ist wichtiger denn je!

Darüber hinaus hat die Corona-Krise den vorhandenen riesigen Investitionsstau klar erkennbar gemacht. Für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für die Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft und für die sozial-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft müssen in den kommenden Jahren zusätzlich Milliarden-Beträge aufgebracht werden.

Wir fordern massive Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft in Verbindung mit der Stärkung des Sozialstaates!

Der Bund benötigt zwischen 50 bis 100 Mrd. Euro pro Jahr in den nächsten zehn Jahren, um den aufgelaufenen Investitionsstau abzubauen. Und der Investitionsstau allein in Gemeinden und Städten hat sich inzwischen auf mehr als 149 Milliarden Euro angehäuft. Wir brauchen dringend Investitionen für Klima- und Umweltschutz, Gesundheit, Bildung und Erziehung, Digitalisierung, bezahlbares Wohnen, Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen und mehr Personal.

Dennoch will die neue Bundesregierung die Schuldenbremse ab 2023 wieder einführen, die sich in der Praxis als Investitions- und Zukunftsbremse entpuppt hat. Dabei liegen die Staatsschulden in Deutschland bei international nur sehr niedrigen 71 % Anteil am Sozialprodukt. Weil die Schuldenbremse auch zukünftig dazu führt, dass notwendige soziale, kulturelle und ökologische Ausgaben sogar gekürzt werden müssten, um krisenbedingte Schulden zu tilgen, muss sie abgeschafft oder zumindest reformiert werden.

Die Schuldenbremse wirkt schädlich im Zusammenhang mit einer unfairen und ungerechten Steuerpolitik. Zwischen 1998 und 2015 wurden die reichsten 30 % der Bevölkerung steuerlich entlastet, während die anderen 70 % im Endeffekt höher belastet wurden. Bei Vermögen und hohen Erbschaften ist Deutschland eine Steueroase. Diese Steuerpolitik führte dazu, dass der private Reichtum von inzwischen 14 Billionen Euro konzentriert in wenigen Händen ist. So besitzen die Reichsten 10 % der Bevölkerung 66 % dieses Vermögens. Große Vermögen, sehr hohe Einkommen, Erbschaften und Unternehmensgewinne tragen zu wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei.

Hinzu kommt das, was durch Steuerhinterziehung, -betrug und -umgehung von Unternehmen und Vermögenden an Steuereinnahmen entzogen wird (lt. EU-Kommission jährlich über 100 Milliarden Euro).

Um die Zukunftsaufgaben zu schultern, um die nötigen Investitionsmittel zu erhalten brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik: Topverdiener*innen und extrem Reiche sowie

gewinnstarke Unternehmen müssen zukünftig angemessen, d. h. stärker besteuert werden, insbesondere durch die Wiederbelebung der Vermögenssteuer und eine wirksame Erbschaftsteuer, die die vielen Ausnahmen für große Erbschaften abschafft. Gleichzeitig profitieren große Unternehmen von umwelt- und klimaschädlichen Subventionen in Milliardenhöhe. Diese müssen abgebaut werden und die Einnahmen aus der CO²- Steuer jeder Person in derselben Höhe zurückgezahlt werden.

Wir fordern eine Reform der Schuldenbremse, höhere Steuern für Topverdiener*innen und extrem Reiche, eine konsequente Verfolgung von Steuerflucht und -umgehung sowie den Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen, um gesellschaftlich erforderliche Veränderungen finanzieren zu können!

Wir können die Zukunft im Land und in den Städten lebenswerter gestalten und ein besseres, sozial und ökologisch gerechtes Land für alle schaffen. Dazu müssen wir den Reichtum durch eine faire Steuerpolitik gerecht verteilen und Gemeinwohl vor Profit stellen. Für die Stadtpolitik in Düsseldorf erwarten wir deshalb, dass bei den Haushaltsberatungen nicht nur einseitig auf Aufgabenkürzungen gesetzt wird, um absehbare Defizite zu vermeiden, sondern dass der Oberbürgermeister und der Stadtrat Initiativen gegenüber dem Land NRW und gegenüber der Bundesregierung ergreifen, dass die Steuergesetzgebung wirksam reformiert wird, so dass die Einnahmeseite des Haushaltes der Stadt Düsseldorf gestärkt werden kann, und damit notwendige Mittel für mehr Investitionen z. B. für deutlich mehr bezahlbare Wohnungen und eine Klima- und Verkehrswende gewonnen werden.

Düsseldorf, den 15. Dezember 2021

*attac Düsseldorf, AWO Düsseldorf, Altstadt-Armenküche Düsseldorf,
DGB-SV Düsseldorf, DGB-Jugend Düsseldorf-Bergisch Land,
Düsseldorfer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, EVG Düsseldorf,
GdP Düsseldorf, GEW Stadtverband Düsseldorf, IGBAU Düsseldorf,
IGBCE, Düsseldorf, IG Metall Düsseldorf Neuss, KAB Stadtverband Düsseldorf,
NGG Düsseldorf-Wuppertal, Mieterverein Düsseldorf e.V./DeutscherMieterbund,
NaturFreunde Düsseldorf, Paritätischer Wohlfahrtsverband Düsseldorf,
Students for Future (SfF) Düsseldorf, SoVD Kreisverband Düsseldorf,
ver.di Düssel-Rhein-Wupper*

8 Themen: Unsere Ziele im Einzelnen



**Für eine
lebenswerte
Stadt.**

Krankenhäuser und Pflege

Für eine gemeinwohlorientierte Krankenhaus- und Pflegeversorgung – ohne Profite!

- Einführung einer Personalbemessungsgrundlage für die Krankenhäuser und für die Alten- und Pflegeheime
- Keine Fallpauschalen
- Gemeinwohlorientierte Krankenhaus- und Pflegeversorgung

Die wesentlichen (Fehl-)Entwicklungen im Bereich Krankenhäuser und Pflege

Krankenhäuser

Die Entwicklung der Krankenhäuser in Düsseldorf ist Teil der Gesamtentwicklung. Das Land NRW ist für die Krankenhausplanung und die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen zuständig, also für jene Kosten, die entstehen, um die notwendigen Krankenhauskapazitäten quantitativ und qualitativ bereit zu stellen. Wenn das Land den Krankenhäusern – wie in den letzten drei Jahrzehnten – nicht die den Bedarfen entsprechenden Investitionsmittel zur Verfügung stellt, sind diese gezwungen, diese durch Einsparungen bei den Personalkosten zu finanzieren bzw. geraten in Existenznot.

Die Krankenkassen tragen die laufenden Betriebskosten eines Krankenhauses. Die prekäre Situation der Krankenhäuser in Deutschland existierte bereits lange vor der Corona-Pandemie.

Allein von 2000 bis 2019 wurden in Deutschland 328 Kliniken geschlossen, wodurch etwa 10 Prozent der Betten abgebaut wurden. Selbst mitten in der Corona-Krise im Jahre 2020 wurden 20 Krankenhäuser mit 2.144 Betten sowie ca. 4.000 Stellen vollständig bzw. teilweise geschlossen oder zusammengelegt. 2019 forderte die Bertelsmann Studie eine wei-

tere Verringerung der Krankenhäuser auf deutlich unter 600.

Durch die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und der Einführung der DRGs (Fallpauschalen) im Jahre 2004 steht nicht mehr die bestmögliche Behandlung im Vordergrund, sondern durch die zunehmenden Privatisierungen vieler Kliniken vor allem der Profit der Aktionär*innen großer Konzerne, wie z. B. Asklepios, Paracelsus und Sana.

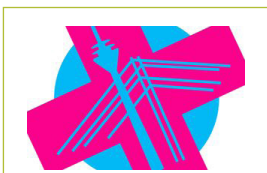
In Düsseldorf gibt es 16 Krankenhäuser mit insgesamt 5.480 Betten und ca. 16.500 Beschäftigten. 10 Kliniken befinden sich in kirchlicher, 4 in privater Hand und nur 2 in öffentlicher Trägerschaft. In den Krankenhäusern wurden in der Vergangenheit vielfach Aufgaben ausgelagert, z. B. wurden in der hiesigen Universitätsklinik Aufgaben in GmbH-Betriebe outgesourct. Eine der letzten Auslagerungen wurde in der Sana-Klinik vollzogen, indem die Laborleistungen an ein externes Unternehmen vergeben wurden.

Pflege

Die Situation vor allem der Pflegekräfte in NRW, sowohl bezüglich der Bezahlung wie auch der Arbeitsbedingungen, ist katastrophal. In Deutschland kommen auf

Themenpapier 1
„Krankenhäuser und Pflege“. Vorgelegt zur Veranstaltung „Für eine lebenswerte Stadt“ am 1.12.2022 im Arthur-Hauck-Saal

Autor*in:
Düsseldorfer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus





Was angegangen werden muss.

Unsere Kernforderungen an die Stadt

eine Pflegekraft 13 Patient*innen, in der Schweiz dagegen 7,9 und in Norwegen gar nur 5,4. Dies verdeutlicht, dass die Bundesrepublik unter den fortgeschrittenen Industrienationen eines der Schlusslichter ist.

Die Darstellung der Situation der Pflege soll selbstverständlich nicht den Blick auf die vielen anderen Klinik-Berufsgruppen vernachlässigen, die ebenso unter einer zu geringen Vergütung sowie inakzeptablen Arbeitsbedingungen und Arbeitsverdichtung leiden. Die Pflege jedoch betrifft die in Krankenhäusern behandelten Patienten und Patientinnen am unmittelbarsten.

In Deutschland fehlen in den ca. 1.900 Krankenhäusern etwa 80.000 Pflegekräfte. Bezogen auf die 337 Krankenhäuser in NRW fehlen gemäß den Berechnungen der Gewerkschaft ver.di etwa 18.000 Pflegekräfte. Speziell für die Kliniken in Düsseldorf sind der Gewerkschaft ver.di keine Angaben zum Patienten-/Pflegeschlüssel bekannt. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass die ver.di-Berechnungen für NRW im Verhältnis auf die 16 Düsseldorfer Krankenhäuser übertragen werden können. Dies bedeutet, dass es in Düsseldorf einen Mangel von etwa 650 bis 700 Pflegekräften gibt.

- » Einführung einer Personalbemessungsgrundlage für die Krankenhäuser, aber selbstverständlich auch für Alten- und Pflegeheime
- » Abschaffung der Fallpauschalen
- » keine Klinikschließungen, sondern wohnortnahe und bedarfsorientierte Versorgung
- » Stopp der Privatisierungen sowie die Rücküberführung von bereits privatisierten Kliniken in öffentliche Trägerschaft
- » Das Land muss den Krankenhäusern die den Bedarfen entsprechenden nötigen Investitionsmittel zur Verfügung stellen.

Um welche Finanzbedarfe geht es?

- Bundesweit würden die Kosten für mehr, den Bedarfen entsprechendem Personal in den Krankenhäusern jährlich zusätzlich ca. 5 Mrd. Euro betragen. Auf NRW bezogen würden sich die Mehrkosten auf etwa 1,2 Mrd. Euro belaufen und in Düsseldorf auf etwa 41,6 Millionen Euro.
- Die Deutsche Krankenhausgesellschaft beziffert die Investitionslücke seit 2009 auf 30 Mrd. Euro. Um diesen Rückstand über 5 bis 7 Jahre hinweg abzubauen sowie die laufende Förderung um 4 Mrd. jährlich im notwendigen Maße zu erhöhen, ergibt sich ein Bedarf von zusätzlich 9 bis 10 Mrd. Euro jährlich. Auf NRW heruntergerechnet bedeutet das rd. 1,6 Mrd. Euro und auf Düsseldorf etwa 65 Millionen Euro.

Alle Zahlen beziehen sich auf Angaben aus den Jahren 2018 bis 2020.

Wohnen

Bezahlbares und sicheres Wohnen für Alle – Wohnen ist keine Ware!

- Bezahlbares und sicheres Wohnen für Alle – Wohnraum ist keine Ware!
- Düsseldorf braucht einen dem Bedarf an bezahlbarem Wohnen gerecht werdenden gemeinwohlorientierten Wohnungssektor.

Die wesentlichen (Fehl-)Entwicklungen in unserer Stadt im Bereich Wohnen

Themenpapier 2
„Wohnen“.
Vorgelegt zur Veranstaltung „Für eine lebenswerte Stadt“ am 1.12.2022 im Arthur-Hauck-Saal

Autor*in:
Mieterverein Düsseldorf und Düsseldorfer Bündnis für bezahlbaren Wohnraum



- » Schätzungsweise sind 4.500 Menschen aktuell wohnungslos, davon leben zwischen 250 und 400 auf der Straße.
- » Seit Jahren steigen die Mieten. Über 56 Prozent aller Miethaushalte in Düsseldorf wohnen in zu teuren (mehr als 30 % des Einkommens für Miete) oder zu kleinen Wohnungen! Inflation und dramatisch steigende Energiekosten werden dies absehbar verschärfen.
- » Zugleich wird reihenweise und systematisch gegen die Mietpreisbremse verstoßen.
- » Die Zahl der Sozialwohnungen hat sich vom Jahr 2001 (36.366 Wohnungen) innerhalb von knapp 20 Jahren auf 15.617 mehr als halbiert (aktuell 4,3 % des Wohnungsbestandes). Diese Negativentwicklung wird sich absehbar fortsetzen.
- » Über 20.000 Wohnungen stehen dem Wohnungsmarkt durch (auch spekulativen) Leerstand und zweckentfremdete Nutzung (Airbnb!) nicht zur Verfügung.
- » Baureife und baugenehmigte Grundstücke werden von renditeorientierten Investoren als Spekulationsobjekte missbraucht. Spekulative Weiterverkäufe verursachen das immer weitere Ansteigen der Bodenpreise. Die Folgen sind unbebaute Grundstücke und hochpreisiges Bauen.
- » Statt der dringend benötigten bezahlbaren Wohnungen bauen renditeorientierte Investoren überwiegend hochpreisige Miet- und Eigentumswohnungen, Stadthäuser und Mikroappartements. Das städtische Handlungskonzept Wohnen hat daran nur minimal etwas geändert.
- » Im privaten Wohnungsbestand geht immer mehr bezahlbarer Wohnraum verloren, weil Häuser und Wohnungen zu Kauf- und Renditeobjekten von Investoren geworden sind. Sie werden u. a. mit Eigenbedarfskündigungen „entmietet“, modernisiert und dann teuer vermietet oder in Eigentumswohnungen umgewandelt. Bisher bezahlbarer Wohnraum wird so vernichtet und Mieter*innen vor allem aus innenstadtnahen Vierteln verdrängt.

Was angegangen werden muss.

Unsere Kernforderungen an die Stadt

Insgesamt geht es um eine grundlegende gemeinwohlorientierte Wende in der städtischen Wohnungspolitik und einen dem Bedarf an bezahlbarem und sicherem Wohnraum entsprechenden Auf- und Ausbau eines gemeinwohlorientierten/gemeinnützigen Wohnungssektors.

Mietsteigerungen bremsen/stoppen

Das Bündnis setzt sich für eine grundlegende Erneuerung der sogenannten Mieterschutzverordnung des Landes NRW, für eine Reform der Mietpreisbremse auf Bundesebene und für eine Absenkung der Kappungsgrenze ein. Damit soll ein weiterer Anstieg der Mieten verhindert werden.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden

U. a. durch konsequente Prävention und Verwirklichung des Housing-First-Ansatzes.

Verhinderung von Leerstand und Zweckentfremdung

U. a. durch das Nachschärfen der Wohnraumschutzsatzung und ihrer konsequenten Anwendung. Das Land muss dafür Sorge tragen, dass die erlaubte Dauer von Kurzzeitvermietungen auch tatsächlich auf 8 Wochen im Jahr reduziert wird.

Vorrang des Erhalts und Ausbaus von bezahlbarem und sicherem Wohnraum im Bestand; renditeorientierten Investoren die Möglichkeit entziehen, Häuser aufzukaufen, zu entmieten, hochpreisig zu modernisieren und in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Die Stadt soll:

- » Soziale Erhaltungssatzungen für alle relevanten Stadtteile verabschieden und sich beim Bund einsetzen für eine Stärkung des damit verbundenen Vorkaufsrechts.
- » Sich einsetzen für den Erlass der Landesverordnungen zur Genehmigung von Umwandlungen und eine Anerkennung als Stadt mit angespanntem Wohnungsmarkt.
- » Die städtische Umwandlungsverordnung und den neuen § 250 BauGB für ein Verhindern renditeorientierter Umwandlungen nutzen.
- » Private Mietshäuser durch Nutzung der erweiterten Vorkaufsrechte (Baulandmobilisierungsgesetz) aufkaufen und in den kommunalen Wohnungsbestand eingliedern.

Bodenspekulation verhindern; städtischen Grundstücksbesitz durch eine (neue) Boden(vorrats-)politik systematisch ausbauen und für bezahlbares und sicheres Wohnen nutzen:

- » Renditeorientierten Investoren durch konsequente Nutzung der (erweiterten) Vorkaufsrechte den Zugriff auf Boden (im Innen- und Außenbereich) zugunsten der Stadt entziehen. Dies betrifft insbesondere bisherige Industrie- und Gewerbebrachen.
- » Einsetzen für die möglichst kostenlose Übereignung nicht (mehr) benötigter Liegenschaften des Bundes und des Landes an die Stadt.
- » Vergabe städtischer Grundstücke in Erbpacht nur an gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen.
- » Zur Finanzierung (auch von Hauskäufen) einen vom städtischen Haushalt unabhängigen revolvierenden Boden- und Hauskauffonds (Form: Eigenbetrieb) einrichten.

Bei Neubauten Vorrang für bezahlbares und sicheres Wohnen durch die SWD und andere gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen wie Genossenschaften:

- » Für jeden Stadtbezirk spezifisch planen, wie durch Bauprojekte der SWD bzw. Wohnungsgenossenschaften, Bauvorgaben bei privaten Investorenprojekten, Nutzung von Belegungsrechten und Hauskäufen, der Bestand an Sozialwohnungen und bezahlbarem und sicherem Wohnen schrittweise erhöht werden kann.
- » Sich beim Land dafür einzusetzen, dass die Befristung der Sozialbindung im öffentlich geförderten Wohnungsbau komplett aufgehoben wird.
- » Die Erschließung von neuen Wohngebieten muss klimaneutral gestaltet werden.

Personelle Verstärkung des Wohnungsamtes, um erweiterte und neue Aufgaben in der Wohnungsaufsicht und -bewirtschaftung angemessen wahrnehmen zu können.

Um welche Finanzbedarfe geht es?

Steigerung der Mittel für öffentlich geförderte Wohnungen: Verdreifachung der Mittel für die Schaffung von bezahlbarem und sicherem Wohnraum: jährlicher Finanzbedarf mindestens 300 Millionen Euro pro Jahr – finanziert aus Landes- und städtischen Mitteln.

Einrichtung und Finanzierung der notwendigen zusätzlichen Stellen für eine den neuen und erweiterten Aufgaben (Wohnungsaufsicht, Wohnungsbewirtschaftung, Umwandlungsmanagement, Zweckentfremdungssatzung umsetzen usw.) gerecht werdende personelle Besetzung des Wohnungsamtes usw.

Die Wohnraumförderungs politik des Landes muss konsequent auf die Förderung von bezahlbarem Wohnraum und die Unterstützung einer entsprechenden Bodenvorratspolitik der Kommunen ausgerichtet und den Bedarfen entsprechend erhöht werden.

Notwendige städtische Mittel für den in Form eines Eigenbetriebes als städtisches Sondervermögen einzurichtenden revolvierenden Boden- und Hauskauffonds: Start mit 50 Millionen Euro und Sicherung des dann notwendigen jährlichen Fondsbeitrags im Haushalt.

Obdachlosigkeit, Geflüchtete, Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Altersarmut

- Nötig ist ausreichende, verlässliche und kurzfristig erreichbare medizinische und pflegerische Hilfe für Wohnungslose und Menschen ohne Krankenversicherung; außerdem ein Sozialticket.
- Die Stadt Düsseldorf soll sich bei Land und Bund einsetzen, dass die versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherung voll ersetzt werden, um Altersarmut zu bekämpfen.

Wie viele Obdachlose gibt es in Düsseldorf?

In Düsseldorf leben geschätzt zwischen 250 und 400 Menschen dauerhaft auf der Straße. Einige haben sich dafür entschieden und wollen auch nicht in einer der Not-schlafstellen der Stadt übernachten. Doch rund ein Drittel würde sofort in eine Mietwohnung ziehen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten (Stand: 15.12.2021).

Wie viele Arbeitslose sind in Düsseldorf gemeldet?

Arbeitslos sind 24.656 Menschen, unterbeschäftigt (ohne Kurzarbeit) 34.429 Personen.

Wie viele Kinder sind in Düsseldorf von Armut betroffen?

18.906 Mädchen und Jungen leben in Düsseldorf in Armut. Diese Zahl basiert auf der Anzahl der Personen unter 18 Jahren, die mit Stand 31.12.2020 in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II, das bedeutet mit Grundsicherung, lebten.

Wie viele ältere Menschen in Düsseldorf leben in Armut?

In Düsseldorf leben rund 120.000 Menschen, die älter als 65 Jahre sind. Fast 40 Prozent davon sind alleinstehend und etwa ein Fünftel ist armutsgefährdet; sie beziehen ein Einkommen, das weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung beträgt.

Themenpapier 3 „Armut“

Vorgelegt zur Veranstaltung „Für eine lebenswerte Stadt“ am 1.12.2022 im Arthur-Hauck-Saal

Autor*in:

Sozialverband Deutschland (SoVD) Kreisverband Düsseldorf, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Stadtverband Düsseldorf, Altstadt-Armenküche

Die wesentlichen (Fehl-)Entwicklungen in unserer Stadt im Bereich Armut

Kinder

„Jedes fünfte Kind wird in der reichen Landeshauptstadt Düsseldorf in einer Familie groß, die mit wenig Geld auskommen muss.“, erklärt Dr. Hauke Duckwitz, Vorsitzender des Kinderschutzbundes in Düsseldorf. „Daher machen wir uns als Kinderschutzbund für faire Startbedingungen und gesellschaftliche Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen stark.“, so Prof. Dr. Gaby Flösser, Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes in NRW.

Senior*innen

Mit dem Fachtag „Armut und Einsamkeit im Alter: Was brauchen wir in Düsseldorf?“ im April 2018 haben sich zahlreiche Akteure aus Politik und Gesellschaft gemeinsam auf den Weg gemacht, Möglichkeiten aufzuzeigen, die Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren, die von Altersarmut oder Alterseinsamkeit betroffen sind, zu verbessern. (Die sehr detaillierten Handlungsempfehlungen werden auf Wunsch zugesandt.) Coronabedingt stockten dann die weiteren Umsetzungsschritte seit 2020.

Was angegangen werden muss.

Unsere Kernforderungen an die Stadt

Wohnungen, Notunterkünfte

Gut 5.000 Düsseldorfer*innen ohne Wohnung brauchen kurzfristig kommunalen Wohnraum. Diese Zahl wird durch den aktuellen Zuzug von Geflüchteten noch weiter erhöht.

Der in der Pandemie gesetzte Standard für Notunterkünfte muss weitergeführt werden. So lange wie nötig müssen ausreichend Plätze in Zimmern mit maximal zwei Betten zur Verfügung stehen. Notunterkünfte müssen personell ausreichend ausgestattet sein und eine genügende Zahl an Plätzen muss barrierefrei sein. Konkretes Ziel aller Bemühungen muss die eigene Wohnung für alle Betroffenen sein.

Senior*innen

Im Herbst 2018 haben einige soziale Organisationen (Altstadt-Armenküche, Hallo Nachbar, Renatec und „Zentren plus“) eine Befragung von Armut bedrohter und betroffener älterer Menschen in Düsseldorf durchgeführt. Das Resümee seitens der Organisationen lautet:

- » Auf Grundlage des jetzigen Ergebnisses, kann es sinnvoll sein, eine größer angelegte Befragung von Düsseldorfer Seniorinnen und Senioren zu erarbeiten.
- » Ein solcher Fragebogen könnte z. B. über die Servicecenter Grundsicherung oder soziale Einrichtungen ausgegeben werden.
- » Es müssen zusätzliche Möglichkeiten ausgelotet werden, wie einsame Menschen informiert und einbezogen werden können, so dass sie mehr Chancen zur sozialen Teilhabe bekommen.
- » Für ältere Menschen kann eine persönliche Beziehung zur Beraterin oder zum Berater eine zusätzliche und wichtige Unterstützung sein.
- » Sofern gewünscht, sollen betroffene Seniorinnen und Senioren eine persönliche Beratung (auch in Form eines Hausbesuches) erhalten.
- » Eine einfach gestaltete Information mit Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten sollte bei Eintritt ins Rentenalter unaufgefordert zugestellt werden.
- » Beratungsstellen und Ämter müssen personell ausreichend ausgestattet sein.

Um welche Finanzbedarfe geht es?

Wohnungen, Notunterkünfte

Kosten von ca. 300 Millionen Euro für Kauf, Bau und einmalige Kosten, z. T. durch Bundesmittel; danach gibt es Mieteinnahmen – teils aus Wohngeld/SGB II.

Aufenthaltsmöglichkeiten für Arme, Wohnungslose und Suchtkranke

Es muss mehr Aufenthaltsmöglichkeiten für Arme, Wohnungslose und Suchtkranke geben: zusätzliche Tagesaufenthalte in den Bereichen Altstadt und Hauptbahnhof; Plätze, an denen sich arme, wohnungslose und suchtkranke Menschen in der Öffentlichkeit aufhalten können. Die Kosten pro Tagesstätte belaufen sich auf ca. 300.000 bis 400.000 Euro pro Jahr.

Konsumraum für Suchtabhängige

Ein zusätzlicher Konsumraum für Suchtabhängige ist nötig. Die Kosten betragen ab ca. 200.000 Euro pro Jahr z. B. für einen „Druckraum-Container“.

Sozialticket

Ein Sozialticket darf für den Nahbereich maximal ca. 19 Euro kosten. Ein städtischer Zuschuss von ca. 2-3 Millionen Euro ist wahrscheinlich nötig und angemessen.

Beratungsstelle gegen Energiearmut und Energiesperren

Es bedarf einer kompetenten Hilfe- und Schlichtungsstelle zur Vermeidung von Energiearmut und Energiesperren. Die Kosten für Personal und Büro betragen jährlich ca. 80.000 bis 100.000 Euro.

Personelle Ausstattung in Ämtern

Jobcenter und Amt für Integration müssen strukturell und personell in die Lage versetzt werden, kurzfristig Not und Mittellosigkeit zu beheben. Der Personal- und Kostenaufwand muss noch ermittelt werden.

Unterbringung von geflüchteten Menschen

Es bedarf dauerhaft ausreichender Anlaufstellen und Unterbringungsmöglichkeiten für alle Geflüchteten. Der finanzielle Bedarf muss noch ermittelt werden.

Ärztliche und pflegerische Hilfe für Menschen, die wohnungslos oder ohne Krankenversicherung sind

Nötig ist ausreichende, verlässliche, kurzfristig erreichbare medizinische und pflegerische Hilfe für wohnungslose und Menschen ohne Krankenversicherung. Die Kosten belaufen sich auf ca. 150.000 Euro pro Jahr.

Aufsuchende Hilfe und Unterstützung für arme alte Menschen

Aufsuchende Hilfe und Unterstützung für arme alte Menschen, zusätzlich zu Projekten wie Hallo Nachbar und Zentren Plus, wie ausführlich im Papier zum Fachtag im April 2018 geschildert. Die Kosten müssen noch ermittelt werden.

Klimagerechte Stadtentwicklung

- Die Klimakrise ist die größte Bedrohung unserer Zeit.
- Die Stadt Düsseldorf muss sich konsequent dafür einsetzen, dass sie bis 2030 klimaneutral wird und dies bei allen Entscheidungen berücksichtigen.
- Dieser Prozess muss transparent und partizipativ gestaltet und mit allerhöchster Dringlichkeit vorangetrieben werden.

Wir fordern, dass die Stadt Düsseldorf

- schneller als bisher geplant, bis spätestens 2030, klimaneutral wird.
- alle kommunalen Gebäude zeitnah energetisch saniert und bei nicht-städtischen Gebäuden bspw. durch Klimaneutralitätspartnerschaften mit entsprechenden Trägern unterstützt.
- geeignete Quartiere für zukunftssträchtige Energie- und Infrastrukturversorgung ermittelt, pro Jahr mindestens drei dieser Konzepte umsetzt und Großprojekte wissenschaftlich fundiert begleitet.
- durch eine kommunale Stelle mit Vor-Ort-Ansprechpersonen für Beratungs- und Unterstützungsbedarfe weitere Beratungsangebote und Förderungen schafft, um Privatpersonen zu Sanierungen zu bewegen und zu unterstützen.
- eine Strategie für die Errichtung klimaneutraler Neubauten erarbeitet innerhalb derer Kooperationsbestrebungen, Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen erfolgen.
- einheitliche Standards für Neubauten in Bezug auf die ökologischen Baustoffe, Materialkreisläufe, Wärmedämmung, Wärme- und Stromerzeugung in Bebauungsplänen und evtl. Kaufverträgen festlegt.
- eine Überarbeitung der Flächenvergabe-kriterien und des Bebauungsplans vornimmt, um diese stärker mit Klimaschutzmaßnahmen zu verbinden.
- mit dem sofortigen priorisierten Ausbau der Photovoltaik- und Windkraftanlagen z. B. durch Änderung des Flächennutzungsplans beginnt.
- Bürger*innen an Investitionen und Gewinnen von lokalen Solar- und Windkraftanlagen beteiligt und Mieterstrom ausbaut. Außerdem sollten Photovoltaikanlagen auf den Dächern kommunaler Gebäude installiert, eine Solarkoordinierungsstelle errichtet, Organisationen und Bürger*innen aktiviert, Förderprogramme eingerichtet, und eine Ausbildungsoffensive gestartet werden.
- ein Konzept für Strom- und Wärmespeicherungen, indem bspw. ein besonderes Augenmerk auf die Errichtung von Quartierslösungen und Gemeinschaftsspeicher gelegt wird, entwirft.
- die Wärmeversorgung auf eine Kombination aus (Groß-)Wärmepumpen, Solarthermie, industrieller Abwärme, Wärme aus Seen, Flüssen und Abwasserkanälen, Geothermie, Abfallverbrennung und Wärmespeichern umstellt und entsprechende Versorgungsnetze aus- und umbaut.
- im Zuge der Energiewende (Stichwort Fernwärmenetze und erneuerbare Energien) den aktuellen Stand und Bedarf in verschiedenen Teilen der Kommune erfragt, ein Zielszenario für Klimaneutralität und eine Wärmewendestrategie erstellt sowie den Flächennutzungs- und Bebauungsplan umstellt. Nicht zu vergessen ist ein umfassendes jährliches Monitoring.
- eine konsequente Verkehrsberuhigung und eine Verringerung des Durchgangsverkehrs in Innenstadtnähe implementiert.

Themenpapier 4

„Klima“.

Vorgelegt zur Veranstaltung „Für eine lebenswerte Stadt“ am 1.12.2022 im Arthur-Hauck-Saal

Autor*in:

Students for Future Düsseldorf



- das Parken im öffentlichen Raum einheitlich kostenpflichtig macht.
- das Radwegenetz stetig um baulich getrennte und mind. 2 m breite Radwege ausbaut.
- autofreie Zonen in der Innenstadt festlegt.
- das Streckennetz des ÖPNVs ausbaut, die Taktung erhöht, barrierefrei gestaltet und sich für günstigere und einfachere Tarife einsetzt. Dazu gehört auch die Einrichtung der kostenlosen Fahrradmitnahme sowie eine Fusion der VRR- und VRS-Gebiete.
- eine einheitliche Mobilitätsplattform zur Koordination des ÖPNV, Car- und Bikesharingangeboten, E-Scootern und E-Rollern schafft.
- die Infrastruktur zum Laden von elektrischen Privat-PKW stark ausbaut.
- die gewerbliche Mobilität unterstützt klimaneutral zu werden, indem Flächen zur Hafenerweiterung, dezentralen und Güterverkehrsterminals zur Verfügung gestellt werden. Weitere Flächen sind für Logistikzentren an Stadträndern nötig, wo Lasten-fahrrad- und E-Kleinsttransporterrouten in die Innenstadt führen müssen.
- hinsichtlich des Besitzes von 50 % des Düsseldorfer Flughafens, dieser schnellstmöglich auf grünes Kerosin setzt, die Tarife stärker nach CO₂-Emissionen richtet, und eine Umrüstung der Gebäudestruktur auf erneuerbare Energien und Effizienz vornimmt.
- sich dafür einsetzt, dass die Flugzeuge, die in Düsseldorf starten und landen, kondenzstreifenminimierende Routen fliegen, d. h. nachmittags, im Sommer und nicht über Polarregionen.
- Angebote zur Klimabildung für alle Altersgruppen schafft. Dies kann im Schulunterricht, an Volkshochschulen, durch Informationsveranstaltungen oder auch durch plakative Informationskampagnen umgesetzt werden.
- unterstützt, dass alle Düsseldorfer (Berufs-)Schulen und Universitäten an der Public Climate School/KISS (Symposium der Scientists for Future oder anderen Lehrveranstaltungen) teilnehmen, um die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu erweitern.
- eine stärker pflanzlich geprägte Ernährung an städtischen Einrichtungen organi-



siert, die sich nach den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation richtet.

- einen übergeordneten Klimaausschuss mit Koordinator*innen ins Leben ruft, der das Recht hat von allen Referaten Informationen abzufragen und zu beeinflussen. Dieser hätte auch die Möglichkeit Energie- und Wärmegenossenschaften zu gründen.
- einen Plan zu weniger Lebensmittelverschwendung im städtischen Gebiet aufstellt.
- Leitlinien hinsichtlich Klimaschutz für Kulturveranstaltungen auf städtischem Gebiet entwirft.
- umfassend Rechenschaft über die laufenden Projekte ablegt und ein regelmäßig öffentlich verfügbares Fortschrittsmonitoring für den städtischen CO₂-Fußabdruck durchführt.
- Beratung, Kommunikation und Vernetzung mit Bürger*innen, Gewerbe und Industrie massiv ausbaut (Bürger*innenrat, Kollaborationsplattformen, Ideenwettbewerbe, Projektwerkstätten, Umfragen für Wünsche und Anforderungen der Bürger*innen und Umsetzungsworkshops).

Diese Forderungen dienen als Einladung die Zukunft gemeinsam in die Hand zu nehmen und Düsseldorf sozial und ökologisch zu gestalten.

Sie wurden nach der Veranstaltung am 1.12.2022 von Students for Future präzisiert. Die Langfassung mit ausführlichen Begründungen ist hier (<https://studentsforfuture.info/buendnis-forderungen>) erhältlich.

Bildung (Schulen)

Gesicherte Finanzierungen für gute Bildung!

- An der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf müssen wieder Lehramtsstudiengänge eingerichtet werden, um mehr Lehrer*innen auszubilden.
- Die digitale Ausstattung der Düsseldorfer Schulen ist nach wie vor unzureichend.

Vorbemerkung: Zuständigkeiten

Land NRW = zuständig für Lehrer*innen

Stadt Düsseldorf = für Infrastruktur:

Gebäude, digitale Ausstattung u. a.

Bund = z. B. Zuschüsse zur digitalen Schulinfrastruktur

*Zum Thema gehören die Schüler*innen, die Lehrer*innen, die Kommunen u. a. für die Gebäude.*

Die wesentlichen (Fehl-)Entwicklungen im Land NRW

Chronische Unterfinanzierung

Nordrhein-Westfalen liegt bei der Finanzierung des Bildungssystems im Vergleich der Bundesländer auf dem letzten Platz. Bei den Pro-Kopf-Ausgaben müsste NRW 1.000 EUR pro Schüler*in mehr investieren, um auch nur den bundesdeutschen Durchschnitt zu schaffen. Bei 2,5 Millionen Schüler*innen macht das 2,5 Milliarden Euro mehr. – Sollte bspw. Bayern eingeholt werden, müssten 2.000 EUR pro Schüler*in mehr investiert werden.

Diese chronische Unterfinanzierung ist Ergebnis politischer Entscheidung – kein Naturgesetz. Will NRW Innovations- und Industriestandort bleiben, braucht es eine Kurskorrektur. Eine bessere finanzielle Ausstattung **aller** Bildungsbereiche ist dringend geboten und muss von der neuen Landesregierung mit hoher Priorität angegangen werden.

Unzureichender schulscharfer

Sozialindex

Zum Schuljahr 2021/22 hat die schwarz-gelbe Landesregierung einen schulscharfen Sozial-Index eingeführt, der nur auf dem Papier eine langjährige zentrale gewerkschaftliche Forderung erfüllt, aber in der Realität nicht ausreicht, um Ungleiches ungleich zu behandeln. Im Landeshaushalt sind keine neuen Stellen für den Sozialindex vorgesehen. Von den bereits im Haushalt vorhandenen 4.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und zur individuellen Förderung werden lediglich 354 Stellen auf der Grundlage des schulscharfen Sozialindex verteilt.

Themenpapier 5
„Bildung (Schulen)“.
Vorgelegt zur Veranstaltung „Für eine lebenswerte Stadt“ am 1.12.2022 im Arthur-Hauck-Saal

Autor*in:
GEW Düsseldorf



Die wesentlichen (Fehl-)Entwicklungen in unserer Stadt Düsseldorf

Die Schulgebäude und die Schulausstattungen sind unterfinanziert. Insbesondere die digitale Ausstattung muss wesentlich verbessert werden.

Was sind die Bedarfe, was fehlt, was muss angegangen werden?

Zuständigkeiten müssen gebündelt werden

Das aktuelle Verantwortungsgeflecht in der Bildung zwischen Bund, Land und lokalen Akteur*innen ist ein Verantwortungswirrwarr. Es braucht stattdessen eine Verantwortungsgemeinschaft aller Beteiligten in allen Bildungsfragen – auch in den finanzpolitischen. Nicht zuletzt brauchen wir ein anderes System der Schulfinanzierung.

Gebührenfreiheit sichern

Gute Bildungsfinanzierung sichert Gebührenfreiheit. In NRW sieht die Realität derzeit anders aus: Elternbeiträge im Ganztags, Lernmittelfreiheit mit Elternbeiträgen, heimliches Schulgeld und gemeinwohlorientierte Weiterbildung mit Kostenbeteiligung. An der Gebührenfreiheit muss sich die Bildungsfinanzierung messen lassen.

Um welche Finanzbedarfe geht es?

Die konkreten Finanzbedarfe für die Schulgebäude, die weitere Infrastruktur und die Besoldung/Entgelt für die zusätzlichen Lehrer*innen auf dem Gebiet der Stadt Düsseldorf müssen ermittelt werden.

Die Form der Finanzierung sollte zweckgebunden sein.

In Zukunft dürfen finanzielle Mittel für die Schulgebäude, digitale Infrastruktur u. a., sowie Lehrer*innen nur für die Schulen verwandt werden.

Zunächst müssen die Bedarfe für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb ermittelt werden. Dann müssen die Finanzierungsmöglichkeiten bestimmt werden (Steuern sind nicht zweckgebunden, Beiträge/Gebühren sind zweckgebunden, z. B. Beitrag GEZ). Anschließend darf der Teil für Schulen nicht mehr reduziert werden, um z. B. für den Bau von Messehallen oder Freizeitbädern verwendet zu werden.

Denkbar ist auch eine bundesweite „Solidaritätsgebühr für Schulen“. Das heißt: alle Unternehmen und Bürger*innen zahlen nach Ihrem Einkommen gestaffelt eine Gebühr, weil alle von den Schulen profitieren, z. B. durch Schulabschlüsse für die Ausbildung von Facharbeiter*innen. Vorteil einer Gebühr ist, dass sie zweckgebunden ist, während eine allgemeine Steuer nicht zweckgebunden ist.

Keine Eigenbeteiligung der Kommunen bei Bundeszuschüssen

Wenn der Bund einen Zuschuss leistet, sollten Kommunen keine Eigenbeteiligung leisten müssen, weil sonst Kommunen im Haushaltssicherungskonzept benachteiligt sind.

Mit den Bedarfen verbundene (Kern-)Forderungen an Stadt und Land

Wir brauchen handlungsfähige Kommunen

damit nicht die Postleitzahl über die Bildungs- und Lebenschancen entscheidet. Das Verfassungsgebot der gleichen Lebenschancen gilt auch für NRW.

Schluss mit der ungleichen Bezahlung für gleiche Arbeit

Die faire und verfassungskonforme Bezahlung von Lehrkräften nach A 13 Z / EG 13 wurde bereits von der schwarz-gelben Landesregierung versprochen und nicht eingehalten. Das darf sich nicht wiederholen. Beide Regierungsparteien haben vor der Wahl die faire und rechtlich gebotene Einstiegsbesoldung versprochen; die im Koalitionsvertrag vorgesehene Umsetzung über Zulagen erfüllt nicht die gewerkschaftliche Forderung nach einer verfassungskonformen Besoldung.

Mehr Fakultäten für die Ausbildung von Lehrer*innen

Lehrer*innenmangel zerstört Bildungschancen und Gerechtigkeit. 10.000 Lehrer*innen sind versprochen! Es gibt sie nicht und wird sie nicht geben, denn die Lehrer*innenausbildung wurde landesweit geschliffen, auch an der HHU werden schon lange keine Lehrer*innen mehr ausgebildet. Deutlich mehr Personal ist jedoch nicht zuletzt Voraussetzung für mehr Chancengleichheit.

Kindertagesstätten

Endlich genügend Kita-Plätze und gute Arbeitsbedingungen schaffen!

- Es sollen mehr Kitaplätze geschaffen werden und mehr Erzieher*innen ausgebildet und eingestellt werden.
- Diese benötigen bessere Arbeitsbedingungen.

Die Situation bei den Kitas in Düsseldorf

Situation bei den Kitas

Der Bildungsbericht 2022 der Bundesregierung belegt, dass der Elternbedarf bei unter 3-Jährigen mit 47 % über der Beteiligungsquote von 34 % liegt (S. 34). Das bedeutet, dass bundesweit Hunderttausende von Krippenplätzen fehlen.

Das KfW-Kommunalpanel 2021 ermittelt einen Investitionsstau aller Kommunen in Höhe von 149 Mrd. Euro, davon 9,1 Mrd. Euro (6,1 %) bei Kitas.

Die Studie der Bertelmann-Stiftung im Jahr 2021 errechnet einen Fachkräftemangel bis zum Jahre 2030 in Höhe von 230.000 Erzieher*innen, wenn nicht gegengesteuert wird. Darüber hinaus werden auch Defizite in der digitalen Ausstattung festgestellt.

Der aktuelle Stand in Düsseldorf

9.361 Plätze für Kinder unter drei Jahren (Quote 50,9 %) und 18.901 (Quote 100,1 %) für Kinder über drei Jahren stehen mit Stand 1. März 2021 in Düsseldorf zur Verfügung. Das sind 174 neue U3- und 607 neue Ü3-Plätze gegenüber dem Vorjahr (Düsseldorf-Aktuell 28.07.2021).

Rund 1.000 Kindern konnte im Jahr 2021, acht Jahre nachdem jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz hat,

kein Betreuungsangebot gemacht werden. Dieser Mangel ist eklatant. Auch für das Kita-Jahr 2022/2023 fehlen immer noch rund 900 Plätze im U3-Bereich.

Mangel herrscht auch an Erzieher*innen. 2021 fehlten bundesweit 173.000 Erzieher*innen in den Kitas. Auch in Düsseldorf ist zusätzliches Personal notwendig, wie auch die Stadt feststellt.

Die Stadt plant, bis zum Ende des Kita-Jahres 2022/2023 mehr als 29.000 Betreuungsplätze anzubieten, ein Plus von 100 im Vergleich zum aktuellen Kita-Jahr (Pressedienst der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 9.03.2022)

Fazit zum Kita-Angebot

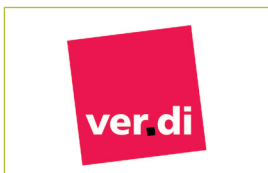
Für Düsseldorf lässt sich feststellen, dass die Anzahl von Kita-Plätzen und Tageseinrichtungen in den letzten Jahren erhöht, aber der Mangel an Kita-Plätzen damit noch nicht beseitigt wurde. Insbesondere fehlt es an U3-Krippenplätzen in Höhe von knapp 1.000 und in einigen Stadtteilen auch an Plätzen für Kinder ab 3 Jahren. Gleichfalls fehlt es an Fachkräften. Die genaue Zahl für Düsseldorf muss noch ermittelt werden.

Themenpapier 6

„Kitas“. Vorgelegt zur Veranstaltung „Für eine lebenswerte Stadt“ am 1.12.2022 im Arthur-Hauck-Saal

Autor*in:

ver.di Bezirk Düsseldorf-Rhein-Wupper,
Silke Steingräber/
Uwe Foullong



Zu den Arbeitsbedingungen

„Kitas am Limit.“ Unter diesem Motto haben viele Beschäftigte aus Kindertageseinrichtungen in NRW auf ihre Arbeitsbedingungen aufmerksam gemacht. Es ist 5 vor 12! Die Befürchtung, dass sich die Situation immer mehr zuspitzt, ist nun nicht mehr wegzureden und niemand kann davor die Augen verschließen, dass das System Kita NRW vor dem Kollaps steht.

Im Alltag stellt der massive Fachkräftemangel für die pädagogischen Fachkräfte eine zunehmende Belastung dar. Unbesetzte Stellen, ein hoher Krankenstand auf Grund der Arbeitsbelastung und zunehmend mangelnde Zeitressourcen für den Bildungsanspruch der ihnen anvertrauten Kinder führen dazu, dass zunehmend pädagogische Fachkräfte aus ihrem Beruf aussteigen und es nicht gelingt, durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen Kolleg*innen in den Kitas zu halten.

Neben der mittelbaren Arbeit mit den Kindern gehören u. a. auch das Führen von Elterngesprächen, Teamsitzungen, die Dokumentation von Bildungsprozessen der Kinder zum Alltag der Fachkräfte. Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen und keine Verwahranstalten, ohne ausreichend Personal ist der Bildungsanspruch kaum zu realisieren. Gleichzeitig hat dies auf die Qualität der frühkindlichen Bildung enorme Auswirkungen.

Als zentrale Voraussetzung für eine gute Qualität gilt die Personalausstattung. Im Ländermonitor wird darauf verwiesen: „Zu oft wird noch negiert, dass je nach spezifischem Personalmangel in einer KiTa die pädagogischen Fachkräfte bereits seit einiger Zeit – vor allem auch schon vor Corona – immer wieder dazu gezwungen sind, sich in ihrer Arbeit auf die Sicherung von Grundbedürfnissen der Kinder und die Erfüllung der Aufsichtspflicht zu fokussieren. Die zeitlichen Kapazitäten, Bildungsprozesse zu initiieren und zu begleiten so-



wie die individuelle Förderung der Kinder zu sichern, waren und sind dadurch stark begrenzt. Damit werden die Rechte der Kinder auf eine gute Bildung und Betreuung verletzt.“

Schon jetzt führen zu große Gruppen dazu, dass die pädagogischen Fachkräfte den Anspruch auf frühkindliche Bildung und die bestmögliche Förderung der Kinder immer seltener in der Praxis umsetzen können. Immer öfter werden Gruppen geschlossen, neue Kindertageseinrichtungen können nicht eröffnet werden, da kein Personal zur Verfügung steht. Die Gruppengröße und ein Personalschlüssel, der sich an den wissenschaftlichen Empfehlungen orientiert, sind das zentrale Thema für die Reform des Kinderbildungsgesetzes und der damit verbundenen Chance, Fachkräfte im System zu halten und neue zu finden. Der empfohlene Fachkraft-Kind-Schlüssel sollte in der Altersgruppe 0 bis 3 Jahre bei 1:3,5 und im Alter von 3 bis 6 Jahre bei 1:7,5 liegen. Die Realität sieht oft anders aus!

Um die Fachkräfte zu halten und zu gewinnen, sind das Land NRW und die Träger gefordert! Ohne die dauerhafte ausreichende Finanzierung in die frühkindliche Bildung und damit in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Kindertageseinrichtungen wird sich die Situation weiter verschärfen! Um den Mangel an Kita-Plätzen und Fachpersonal zu beseitigen, werden für Düsseldorf mindestens 35 Millionen Euro benötigt.

Finanzbedarfe

Soziale und ökologische Erfordernisse benötigen zusätzliche Finanzmittel!

- Es gibt erhebliche zusätzliche Finanzbedarfe für notwendige Ausgaben.
- Die Einnahmeseite muss gestärkt werden.

Was an Finanzbedarfen sichtbar wird

Armut – Wohnungslosigkeit – Suchtkranke – Geflüchtete

Bau/Kauf von Wohnungen und verbesserte Notunterkünfte für wohnungslose Menschen: *Einmalig 300 Millionen Euro.*

Hilfe/Unterstützung für wohnungslose, suchtkranke, geflüchtete und arme Menschen: *Jährlich ca. 4 Millionen Euro.*

Kosten für die Unterbringung aller Geflüchteten und Hilfe/Unterstützung für arme alte Menschen: *Bedarf muss ermittelt werden.*

Bezahlbares und sicheres Wohnen

Verdreifachung der Fördermittel für öffentlich geförderte Wohnungen: *Jährlich zusätzlich mindestens 200 Millionen Euro aus städtischen und Landesmitteln.*

Notwendige Mittel für einen städtischen Boden- und Hauskauffonds: *Start mit 100 Millionen Euro, danach jährlich notwendige städtische Beiträge.*

Kosten der notwendigen zusätzlichen Stellen für neue/erweiterte Aufgaben beim Wohnungsamt und anderen städtischen Stellen für die Kontrolle und Verfolgung von Leerstand, Zweckentfremdung, Wohnungsbewirtschaftung, Genehmigungs- und Umwandlungskontrolle usw.: *Bedarf muss ermittelt werden.*

Den Bedarfen entsprechende Erhöhung der Landesfördermittel für bezahlbares Wohnen und für eine kommunale Bodenvorratspolitik: *Bedarf muss ermittelt werden.*

Gemeinwohlorientierte Krankenhausversorgung

Bedarfsgerechte Finanzierung für notwendiges zusätzliches Personal (Pflege, Ärzt*innen, Infrastruktur ...) in den Düsseldorfer Krankenhäusern, und entsprechende Mittel für private Kliniken mit städtischer Beteiligung: *Bedarf muss ermittelt werden.*

Landesmittel für Krankenhausinvestitionen (= Verpflichtung der Länder! Investitionsstau NRW Stand 2021: rd. 5 Milliarden Euro): *Jährlich zusätzlich ca. 1,6 Milliarden Euro.*

Jährliche zusätzliche Landesmittel für eine bedarfsgerechte Personalausstattung (Pflege, Ärzt*innen, Infrastruktur ...) in den Unikliniken: *Bedarf muss ermittelt werden.*

Allgemeinbildende Schulen

Kosten der notwendigen Investitionen in Schulgebäude und pädagogische Rahmenbedingungen: *Kosten zusätzlich zum Haushaltsansatz müssen ermittelt werden.*

Kosten für das notwendige Personal zum Ausbau der Ganztagsbetreuung, sowie für Schulpsycholog*innen und -pädagog*innen: *Kosten zusätzlich zum Haushaltsansatz müssen ermittelt werden.*

Personalkosten für die dem Bedarf (Relation Lehrende/Schüler*innen, Personalpuffer, Inklusion usw.) gerecht werdende zusätzliche Zahl an Lehrer*innen (Landesmittel): *Kosten zusätzlich zum Haushaltsansatz müssen ermittelt werden.*

Themenpapier 7
„Finanzbedarfe“.
Vorgelegt zur Veranstaltung „Für eine lebenswerte Stadt“
am 1.12.2022 im
Arthur-Hauck-Saal

Autor*in:
Horst Kraft/Attac u.a.





Fazit

KiTas

Schätzung der jährlich zusätzlichen Gesamtkosten (fehlende Plätze, Personalschlüssel, Verkleinerung der Gruppen, angemessene Bezahlung, Kita-Ausbau): *Jährlich zusätzlich mindestens 35 Millionen Euro.*

Klima

Für das Ziel „Düsseldorf bis 2030 klimaneutral“, müsste in einer ökologische Gesamtplanung für alle relevanten Bereiche (Bauen/klimagerechte Stadtentwicklung, Energie, Verkehr, Bildung, Gesundheit, Beratung durch die Stadt ...) festgelegt werden, in welchen Schritten die Stadt vorgehen will und mit welchem Finanzbedarf dies verbunden ist. So würde berechenbar, was im Vergleich zu den bisherigen Haushaltsansätzen jährlich zusätzlich notwendig ist: *Bedarf muss ermittelt werden.*

Vieles fehlt hier noch

Oben beschrieben sind nur exemplarisch ausgewählte Bereiche. Es fehlen z. B. Verkehrsinfrastruktur (Straßen/Brücken), Sport, Kultur, Weiterbildung, Jugendarbeit, Stadtverwaltung ...

Weiterer Personalbedarf

Beispielsweise müsste in der personellen Ausstattung der Stadtverwaltung in allen Ämtern überprüft werden, was an zusätzlichen Stellen für eine angemessene Aufgabenerledigung notwendig wäre (Wohnen, Planen usw.).

Genannt ist nur dringend Notwendiges

Überall zeigt sich: Es geht dabei immer um die Finanzierung von dringend Notwendigem, was in den vergangenen 10 bis 20 Jahren geschoben oder vernachlässigt wurde, sich bis heute an Bedarf oder Anzuehendem aufgestaut hat, mit neuen Herausforderungen oder Aufgaben verbunden ist und sozial und ökologisch unbedingt angegangen werden muss.

Das Land muss die Kommunen einschließlich Düsseldorf auch finanziell so unterstützen, dass diese ihre Aufgaben bewältigen können.

Erhebliche zusätzliche Finanzbedarfe

Auch, wenn wir nicht alles konkret beziffern können, wird insgesamt sichtbar: Es gibt erhebliche zusätzliche Finanzbedarfe! Stadt und Land benötigen zusätzliche Einnahmen. Die reiche Stadt Düsseldorf und das Land insgesamt brauchen zusätzliche Einnahmen!

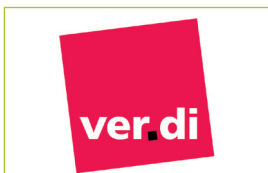
Steuergerechtigkeit

Wir brauchen eine gerechte, am Gemeinwohl ausgerichtete Steuerpolitik – jetzt!

- Wir brauchen eine gerechte, am Gemeinwohl ausgerichtete Steuerpolitik.
- Die Einnahmeseite der öffentlichen Hand muss gestärkt und die Lasten müssen gerecht verteilt werden.

Themenpapier 8
„Steuergerechtigkeit“.
Vorgelegt zur Veranstaltung „Für eine lebenswerte Stadt“
am 1.12.2022 im
Arthur-Hauck-Saal

Autor*in:
Uwe Foullong/ver.di u.a.



1. Im Sozialstaat gilt das Prinzip „starke Schultern tragen mehr für das Allgemeinwohl als schwache“. Aber die 1 bis 3 % der Reichsten in diesem Land sind mit ihren Steuerbeiträgen nicht angemessen an den notwendigen Ausgaben der Gemeinschaft beteiligt. Hinzu kommt, dass Konzerne und Aktionäre auch in diesen Krisenzeiten explodierende Gewinne machen, während der größte Teil der Bevölkerung unter den Krisen (Corona, Inflation) leidet.

2. Die privaten Vermögen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und betragen inzwischen 13.000 Mrd. Euro. Diese Vermögen wuchsen auch wegen der langjährigen ungerechten Steuerpolitik so stark. Diese Vermögen sind in nur wenigen Händen konzentriert. 50 Prozent dieser Vermögen, also mehr als 6.000 Mrd. Euro, liegt in der Hand von nur 3 Prozent der Bevölkerung. 1 Prozent der Bevölkerung verfügt über 33 Prozent des gesamten privaten Vermögens.

3. Andererseits erfordern die vielen sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Probleme massive Investitionsbeträge, die mit den derzeitigen Steuereinnahmen bei weitem nicht bewältigt werden können.

4. Der Investitionsstau allein in den Kommunen beträgt laut KfW-Kommunalpanel 2021 inzwischen insgesamt 149 Mrd. Euro. Dabei wird ein hoher Investitionsrückstand bei Schulen (46,5 Mrd. EUR) und Straßen (33,6 Mrd. EUR) sowie bei öffentlichen Verwaltungsgebäuden festgestellt (16,4 Mrd. EUR).

5. Auch für die Stadt Düsseldorf müssen wir feststellen, dass der Haushalt mit einem Umfang von ca. 3 Mrd. Euro bei weitem nicht ausreicht, die vielen sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Probleme ernsthaft und gewissenhaft anzupacken. Bereits die letzten Haushaltsberatungen zum Haushalt 2022 und die derzeitigen Beratungen zum Haushalt 2023 belegen dies. Die Investitionen – im Einzelfall durchaus ambitioniert – sind insgesamt betrachtet unzureichend. Außerdem werden Defizite geplant, sodass die Ausgleichsrücklage in naher Zukunft aufgebraucht sein wird.

6. Deshalb ist es dringend erforderlich, die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und insbesondere auch den Kommunen deutlich zu stärken, um die vielen Probleme anpacken zu können, um das Leben in den Städten und Kommunen lebenswerter zu machen und mit massiven Investitionen eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung auszulösen.

7. In der Konsequenz müssen die Steuerbeiträge der Reichen angemessen erhöht werden, um die elementaren sozialen, ökologischen und infrastrukturellen Probleme nachhaltig lösen zu können. Wir brauchen mindestens die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre, eine Vermögensabgabe, sowie eine wirksame Reform der Erbschaftssteuer.



Wir fordern den Rat der Stadt Düsseldorf deshalb auf, Initiativen gegenüber dem Land NRW und der Bundesregierung zu ergreifen, mit dem Ziel, die Vermögensteuer wieder einzuführen, die Erbschaftssteuer mit der Abschaffung vieler Ausnahmen für Millionenerben wirksam zu reformieren und umwelt- und klimaschädliche Subventionen abzuschaffen.

Wir fordern den Rat der Stadt Düsseldorf weiterhin auf, das in seinem direkten Einflussbereich Machbare zur Stärkung der Einnahmeseite zu tun – das heißt, die größte Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, zu erhöhen. Düsseldorf liegt mit seinem Gewerbesteuerhebesatz von 440 in unteren Drittel der NRW-Gemeinden. Viele umliegende und vergleichbare Kommunen wie z. B. Neuss (455), Köln (475), Essen (480), Dortmund (485), Wuppertal (490) oder Bochum (495) haben teils deutlich höhere Hebesätze. Mit einer Anhebung des Hebesatzes auf 455 bis 495 könnte die Stadt Düsseldorf Mehreinnahmen in der Bandbreite von ca. 33 Mio. Euro bis zu 121 Mio. Euro generieren – Beträge, die für die soziale und ökologische Entwicklung der Stadt und für ihre Bürger*innen dringend notwendig sind.

Resümee

Wir fordern von den Verantwortlichen in der Politik, den Parteien, Stadträten, Parlamenten, Regierungen, Kooperationen, dass sie nicht nur über die vielen sozialen und ökologischen Probleme reden und dann im Handeln zu kurz greifen, weil das Geld fehlt. Wir fordern, dass die Beträge für die notwendigen Investitionen und Ausgaben durch eine gerechte Steuerpolitik generiert werden.

Für alle, die interessiert sind.

Sie finden uns auf:

Instagram



[buendnis.gerechtigkeit.ddorf](https://www.instagram.com/buendnis.gerechtigkeit.ddorf)

Facebook



Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte
Gesellschaft - sozial und ökologisch



Alle Infos gibt es auch auf
www.buendnis-gerechtigkeit-duesseldorf.de

Rückblick: Unsere Aktionen und Veranstaltungen 2022



**Für eine
lebenswerte
Stadt.**

Kundgebung am Landtag, 06.04.2022

Zeit für Veränderung



Veranstalter*in:
Düsseldorfer Bündnis



Talk zur Landtagswahl

Der Krieg in der Ukraine und die Corona-Pandemie erschüttern unsere Gesellschaft. Die Defizite des Sozialstaates werden immer deutlicher und gleichzeitig sind wir – als Folge einer natur- und umweltzerstörenden Wirtschafts- und Lebensweise – auf dem Weg in eine Klimakatastrophe und Umweltzerstörung existenziellen Ausmaßes. Daraus resultiert die Notwendigkeit einer nachhaltigen ökologischen, sozialen und fairen Wende. Auch Krieg darf nicht zu sozialen Einschnitten führen.

Die politischen Beschlüsse und Maßnahmen der nächsten 10 Jahre werden darüber entscheiden, ob wir eine Klimakatastrophe verhindern können. Das gilt global, national für die Staaten und auch lokal für

Gemeinden und Städte. Wir fordern eine konsequente Politik für eine friedvolle, ökologische und sozial gerechte Gesellschaft für alle!

Ein Umdenken und sofortiges Handeln in Politik und Wirtschaft ist unerlässlich im Hinblick auf eine ökologische und gleichzeitig sozial gerechte Gesellschaft für alle Bürgerinnen und Bürger, in unserem Land und weltweit. Es gilt den Sozialstaat zu erhalten, auszubauen, krisenfest zu gestalten und in unserem Land erlebbar zu machen.

Die aktuellen Handlungsbedarfe haben Themenbeiträge aus Düsseldorfer Perspektive im Blick auf die Landtagswahl konkretisiert.

Teilnehmende auf der Bühne

Begrüßung mit Sigrid Wolf und Wolfgang Sieffert OP (Sprecher*in des Bündnisses)

Statements und Talk mit Vertreter*innen aus dem Bündnis zu ausgewählten Themen

Armut: Julia von Lindern, fiftyfifty & Housing first

Bildung: Dr. Sylvie Burkert, GEW- Leitungsteam Düsseldorf

Gesundheit/Pflege: Guido Böhmer, Mitglied des Düsseldorfer Bündnisses für mehr Personal im Krankenhaus und Fachkrankenpfleger für Anästhesie und Intensivpflege

Wohnen/Mieten: Hans Jochem Witzke, Vorsitzender Mieterverein Düsseldorf e.V.

Klima/Umwelt: Julia Klose, Students for Future Düsseldorf

Verteilungsgerechtigkeit:

Uwe Foullong, stellv. ver.di-Bezirksgeschäftsführer Düssel.Rhein.Wupper

Moderierter Talk mit Landtagskandidat*innen:

Stefan Engstfeld,

MdL (Bündnis90/Die Grünen)

Martin Koerbel-Landwehr, Landtagskandidat (Die Linke)

Dr. Christine Rachner, Landtagskandidatin (FDP)

Marco Schmitz, MdL (CDU)

Oliver Schreiber, Landtagskandidat (SPD)

Veranstaltung, 1.12.2022

Für eine lebenswerte Stadt – sozial und ökologisch!

Düsseldorfer Bündnis fordert: Gewerbesteuer erhöhen und Vermögenssteuer wieder einführen

Auf einer Veranstaltung am 1. Dezember 2022 mit Vertreter*innen der Fraktionen des Düsseldorfer Stadtrates forderte das „Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch!“ den Rat der Stadt auf, die Gewerbesteuer zu erhöhen und gegenüber der Landes- und Bundesregierung die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Vermögensabgabe sowie eine wirksame Erbschaftsteuer zu fordern.

„Insbesondere die kommunalen Haushalte müssen auf der Einnahmeseite gestärkt werden, um die vielen sozialen Probleme wie z. B. zur Bekämpfung der Armut, für deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum, für bessere Ausstattungen und Arbeitsbedingungen in Schulen, Kitas und Kliniken ernsthaft und nachhaltig lösen zu können. Hinzu kommen die hohen notwendigen Investitionen für den Klimaschutz, denn auch Düsseldorf will und muss bis zum Jahre 2035 eine klimaneutrale Stadt werden“, erklärte Sigrid Wolf, DGB-Stadtverbandsvorsitzende.

Um diese vielfältigen sozialen und ökologischen Probleme seriös anzupacken, reiche der Haushalt der Stadt mit seinen ca. 3 Mrd. Euro Umfang bei weitem nicht aus. Es würden derzeit schon Defizite im Haushalt erreicht und die Investitionen seien – von Ausnahmen abgesehen – insgesamt unzureichend. Allein schon für den Wohnungsbau müsse die Stadt angesichts 40.000 fehlender bezahlbarer Wohnungen deutlich mehr tun, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

„Wir sehen auch in Düsseldorf ein zunehmendes soziales Gefälle. Während einerseits der Reichtum in wenigen Händen ständig zunimmt, steigt die Armut deutlich an“, kritisiert Pater Wolfgang Sieffert von der Altstadt-Armeküche, „Die sehr Reichen sind nicht angemessen an den notwendigen Steuerbeiträgen für das Allgemeinwohl beteiligt. Das müssen wir dringend ändern.“



Veranstalter*in:
Düsseldorfer Bündnis



Aktion vor dem Rathaus Düsseldorf, 15.12.2022

Einbringung des Haushalts



Auf dem Bild zu sehen:
Uwe Foullong, Wolfgang Sieffert OP,
Horst Kraft, Hans-Jochem Witzke,
Holger Kirchhöfer (v. links)

Unser Bündnis fordert die Stärkung der kommunalen Finanzen

Am 15. Dezember behandelte der Rat der Stadt Düsseldorf seinen Haushalt 2023, der 3,4 Milliarden Euro umfasst. Da dieser Umfang deutlich zu niedrig ist, um die vielen sozialen und ökologischen Probleme in der Stadt zu lösen, fordert das Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft, dass der Rat Maßnahmen ergreift, um die Einnahmen deutlich zu steigern. Dabei müssen stärkere Schultern und alle, die aus Krisen Profite gezogen haben, mehr tragen. Das heißt, dass Multimillionär*innen und Milliardär*innen höhere Steuerbeiträge für das Allgemeinwohl leisten müssen – Steuerprivilegien für Superreiche müssen abgeschafft werden.

Deshalb fordert das Düsseldorfer Bündnis vom Rat der Stadt, dass dieser die Landes-

und Bundesregierung auffordert, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer wirksam zu reformieren. Da der Rat direkt über die Gewerbesteuer entscheidet, wird er aufgefordert, seinen Gewerbesteuer-Hebesatz anzuheben. Hier besteht Handlungsbedarf, da vergleichbare Städte deutlich höhere Hebesätze haben und die Einnahmen dringend für deutlich mehr Investitionen zur Lösung sozialer und ökologischer Probleme benötigt werden.

In einer Aktion vor dem Rathaus am 15. Dezember 2022 haben Bündnis-Vertreter*innen auf diese Kernforderungen hingewiesen.

Veranstalter*in:
Düsseldorfer Bündnis



Die Mitgliedsorganisationen



**Für eine
lebenswerte
Stadt.**

Mitgliedsorganisationen

Altstadt-Armenküche e.V.
Düsseldorf



Altstadt-Armenküche e.V.

Burgplatz 3, 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 3237 662

Web: armenkueche.de

E-Mail: verein@armenkueche.de

Ansprechpersonen: Holger Kirchhöfer und
Wolfgang Sieffert OP



Attac Düsseldorf

Web: www.attac-duesseldorf.de

E-Mail: duesseldorf@attac.de



AWO Kreisverband Düsseldorf e.V.

Liststraße 2, 40470 Düsseldorf

Telefon: 0211 6002 5129

Web: www.awo-duesseldorf.de

E-Mail: info@awo-duesseldorf.de



Der Paritätische Düsseldorf

Ernst-Abbe-Weg 50, 40589 Düsseldorf

Web: duesseldorf.paritaet-nrw.org

E-Mail: info@paritaet-nrw.org

Ansprechperson: Ulrich Sander



Deutscher Gewerkschaftsbund

Stadtverband Düsseldorf

Friedrich-Ebert-Str. 34-38,

40210 Düsseldorf

Web: duesseldorf-bergisch-land.dgb.de

E-Mail: nrwduesseldorfregion@dgb.de

Ansprechperson: Sigrid Wolf



DGB-Jugend Region Düsseldorf

Bergisch Land

Friedrich-Ebert-Str. 34-38,

40210 Düsseldorf

Telefon: 0211 3683-235

Web: duesseldorf-bergisch-land.dgb.de

E-Mail: stella.ruetten@dgb.de

Ansprechperson: Stella Rütten



Düsseldorf Bünden für mehr Personal im Krankenhaus

Web: gesundheitsbuendnisse-nrw.de/buendnisse/duesseldorf

E-Mail: duesseldorf@gesundheitsbuendnisse-nrw.de

Ansprechperson: Wolfgang Zimmermann



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Bismarckstr. 98, 40210 Düsseldorf

Web: www.evg-online.org

E-Mail: duesseldorf@evg-online.org

Ansprechperson: Anita Schmidt (Geschäftsstellenleiterin)



Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Düsseldorf
Jürgensplatz 5-7, 40219 Düsseldorf
Web: gdprnw.de/duesseldorf



GEW Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Str. 34-38,
40210 Düsseldorf
Telefon: 0211 3639 02
Web: duesseldorf.gew-nrw.de
E-Mail: dr.burkert@gew-duesseldorf.de
Ansprechperson: Dr. Sylvia Burkert



**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt,
Bezirksverband Düsseldorf**
Friedrich-Ebert-Str. 34-38,
40210 Düsseldorf
Telefon: 0211 3559 4925
Web: rheinland.igbau.de/
E-Mail: duesseldorf@igbau.de



IG BCE Bezirk Düsseldorf
Friedrich-Ebert-Straße 34-38,
40210 Düsseldorf
Web: duesseldorf.igbce.de
E-Mail: bezirk.duesseldorf@igbce.de



IG Metall
Geschäftsstelle Düsseldorf-Neuss
Roßstr. 94, 40472 Düsseldorf
Telefon: 0211 3870 10
Web: duesseldorf-neuss.igmetall.de
E-Mail: duesseldorf-neuss@igmetall.de
Ansprechperson: Dinah Trompeter



KAB-Stadtverband Düsseldorf
c/o Michael Inden,
Mühlenkamp 40, 40229 Düsseldorf
Telefon: 0173 2771 578
Web: www.kabdvkoeln.de/verbaende/duesseldorf
E-Mail: stadtverband.duesseldorf@gmail.com
Ansprechperson: Winfried Gather



Katholikenrat Düsseldorf (Gast)
Citadellstraße 2, 40213 Düsseldorf
E-Mail: katholikenrat@katholisches-duesseldorf.de
Web: www.katholikenrat-duesseldorf.de
Ansprechpersonen: Vorstand Katholikenrat



Katholischer Gemeindeverband Düsseldorf (Gast)
Citadellstraße 2, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 9010 220
E-Mail: plenkers-schneider@katholisches-duesseldorf.de
Web: www.katholisches-duesseldorf.de
Ansprechperson: Beate Plenkers-Schneider



Mieterverein Düsseldorf e.V.

Oststraße 47 in 40211 Düsseldorf
Web: www.mieterverein-duesseldorf.de
E-Mail: witzke@mieterverein-duesseldorf.de /
nesemann@mieterverein-duesseldorf.de
Ansprechpersonen:
Hans-Jochem Witzke (1. Vorsitzender) und
Claus Nesemann (Geschäftsführer)



NaturFreunde Düsseldorf e.V.

Morper Straße 128, 40625 Düsseldorf
Web: naturfreunde-duesseldorf.de
E-Mail: info@naturfreunde-duesseldorf.de
Ansprechperson: Matthias Möller



NGG Region Düsseldorf-Wuppertal

Willstätterstr. 13, 40549 Düsseldorf
Telefon: 0211 5066 950
Web: www.ngg.net
E-Mail: region.blnr@ngg.net
Ansprechperson: Zayde Torun



**Sozialverband Deutschland – Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V. – Kreisverband Düsseldorf**

c/o Herbert Leineweber,
Erkrather Str. 343, 40231 Düsseldorf
Telefon: 0211 131270
Web: www.sovd-duesseldorf.de
E-Mail: duesseldorf@sovd-nrw.de
Ansprechpersonen:
Herbert Leineweber
(Vorsitzender Kreisverband),
Wilhelm Reese (Vorsitzender
Ortsverband Düsseldorf Süd-Ost)



Students for Future Düsseldorf

Web: studentsforfuture.info/ortsgruppe/duesseldorf
E-Mail: students.duesseldorf@fridaysforfuture.is



ver.di Bezirk Düssel-Rhein-Wupper

Sonnenstr. 14, 40227 Düsseldorf
Web: duessel-rhein-wupper.verdi.de
Ansprechperson: Uwe Foullong
Telefon: 0170 8562 169
E-Mail: Uwe.Foullong@gmail.com

Impressum

Herausgeber:

„Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte
Gesellschaft – sozial und ökologisch!“
www.buendnis-gerechtigkeit-duesseldorf.de

Sprecherkreis:

Uwe Foullong,
Wolfgang Sieffert,
Sigrid Wolf

c/o Sigrid Wolf
Friedrich-Ebert-Str. 34-38
40210 Düsseldorf
Telefon: 0211 3683 210
E-Mail: sigrid.wolf@dgb.de

Grafik & Layout:

schlicht [design]
Speditionstraße 15a
40221 Düsseldorf
E-Mail: nicole.schlicht@schlicht-design.de

Druck:

Oliver Decker e.K.
Zimmerstr. 11
40215 Düsseldorf
Inhaber: Oliver Decker

Recyclingpapier Umweltzeichen FSC Recycled

**Bildquellen:**

© Düsseldorfer Bündnis intern
© Adobe Stock
Anela R/peopleimages.com (S. 24),
Ralf (S. 7), mario aurich/EyeEm (S. 9),
Maria Fuchs (S.13),
Peeradontax (S. 12), Robert Poorten (S. 15),
Stephan Walochnik (S. 17), akira_photo (S. 19),
Thomas Bethge (S. 21),
Patrick Daxenbichler (S. 23),
qphotomania (S. 24), Lukasz (S. 24),
Sameh (U4), greens87 (Titel)

Erstellung:

Düsseldorf, April 2023



**DÜSSELDORFER
BÜNDNIS**
gerecht.**sozial**.ökologisch.

Für eine lebenswerte Stadt – gerecht, sozial und ökologisch.

www.buendnis-gerechtigkeit-duesseldorf.de

